

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 10

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SIND WIR AUSSENPOLITISCH REIF?

Das schweizerische Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften ist glücklich unter Dach. Fast drei Viertel der Stimmenden legten ein Ja ein. Die Landesregierung hat damit ihr Ziel erreicht: Das Volk wurde trotz des fehlenden Rechtsanspruchs auf ein Referendum in die Entscheidungsbildung miteinbezogen, damit die Annäherung zur EWG möglichst breit abgestützt werden konnte; und der Souverän dankte dem Bundesrat dieses Vertrauen mit einem geradezu überwältigenden Konsens zum Kurs der Integrationspolitik.

Rechtsbeugung aus staatspolitischen Gründen?

Damit könnte man zur Tagesordnung übergehen, wenn dem 3. Dezember nicht eine Abstimmungskampagne vorausgegangen wäre, die wohl zu den merkwürdigsten der letzten Jahre gehört. Es begann schon im Parlament, wo der Ständerat zunächst nichts von einer – rechtlich unnötigen – Volksabstimmung wissen wollte. Er bewies auf diese Weise einmal mehr, dass er in staatsrechtlichen Belangen ein besonders feines Gehör hat und auch bereit ist, entsprechende Verantwortung zu tragen. Die Mehrheit dieses Rates war der Ansicht, dass es nicht angehe, das Instrument des Referendums gewissermaßen auf die Bedürfnisse der praktischen Politik hin zurechtzubiegen, und

seien die Beweggründe politisch noch so einleuchtend.

Wenn schliesslich trotzdem die These des Bundesrates die Oberhand behielt, wonach das faktische Gewicht des Abkommens den formalen Rahmen eines gewöhnlichen Handelsvertrags bei weitem sprengte und daher eine Sonderregelung im Beschlussverfahren angezeigt erscheine, so ist das wohl letzten Endes auf Hintergründe zurückzuführen, die nur mittelbar mit der rechtlichen und faktischen Gewichtung des Vertrags selbst in Zusammenhang standen – oder vielleicht erst zu dieser differenzierten Gewichtung Anlass gegeben hatten. Das entscheidende Problem lag doch wohl darin, in den Augen des Volks die *Vertragswürdigkeit eines Partners* wiederherstellen zu müssen, der nach 1958 während Jahren als die Inkarnation eines Europagedankens apostrophiert wurde, welcher im Grunde uneuropäisch, jedenfalls aber unschweizerisch sei: die EWG als das Europa der Planifikatoren, Bürokraten und undemokratischen Zentralisten.

Reinigung der Atmosphäre

Diese Aufgabe war wohl nur deshalb lösbar, weil die EWG selbst nach dem Ausscheiden de Gaulles aus der europäischen Politik flexibler wurde und zu abgestuften Lösungen Hand bot und weil andererseits die EFTA massiv schwind-süchtige Züge annahm. Nichts beein-

druckt den Schweizer in der Politik so sehr wie das Faktische. Die konkrete Gefahr einer Isolierung in Europa begann die frühere Befürchtung einer europäischen Fehlentwicklung unter der Fuchtel der EWG-Bürokratie zu überschatten. Auch hatte inzwischen die eigene Staatsverwaltung eine Vielfalt von planerischen Komponenten in sich aufgenommen, so dass selbst der technokratische Popanz der Brüsseler Bürokratie etwas von seiner kalten Fremdheit verlor.

Dem Referendum über das EWG-Abkommen kam unter diesen Umständen eine *reinigende Funktion* zu. Die Kampagne sollte das psychologische Verhältnis der Öffentlichkeit zu «Brüssel» endgültig entkrampfen und entkrusten, um damit den Weg für normale, emotional unbelastete Beziehungen frei zu machen. Es ging hier darum, ein Stück unbewältigter Vergangenheit definitiv zu bewältigen. Und von daher kann man dem bundesrätlichen Wunsch nach einer Volksabstimmung auch im nachhinein einen tieferen staatspolitischen Sinn jenseits der Verfassungsnormen zweifellos nicht absprechen. Die nötige Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit wäre ohne den konkreten Anlass eines Urnengangs in diesem Ausmasse undenkbar gewesen.

Notwendige Revision des Staatsvertragsreferendums

Das ändert allerdings nichts daran, dass der Ständerat in allgemeiner Sicht trotzdem recht hatte. Die EWG-Abstimmung war ein *Sonderfall* und sollte es für alle Zukunft bleiben. Was nottut, ist nicht ein referendumspolitisches «Notrecht», das einfach nach Bedarf reaktiviert

werden kann; notwendig ist vielmehr die längst hängige Revision des Staatsvertragsreferendums. Denn es braucht nicht allzu viel Phantasie, um vorauszu- sehen, dass aussenpolitische Vereinbarungen künftig einen breiteren Raum einnehmen werden. Das aber bedingt entsprechende Anpassungen unserer Entscheidungsmechanismen.

Zwar ist es richtig, dass eine Änderung des geltenden Rechts sehr viel komplizierter ist, als man gemeinhin annimmt. Es ist deshalb verständlich, dass sich die zuständigen Gremien bisher nicht gerade darum rissen, die Revision mit der nötigen Durchschlagskraft voranzutreiben. Die Zeit ist nun aber gekommen, da die Anpassung an die neuen Umstände keinen weiteren Aufschub mehr erträgt. Es steht auf dem internationalen Parkett zuviel auf dem Spiel, als dass man weiter experimentieren und «pragmatisch» vorgehen dürfte. Wir brauchen klare Verhältnisse mit eindeutigen Kompetenzabgrenzungen; und wir brauchen vor allem einen Souverän, der willens und in der Lage ist, die aussenpolitische Entscheidungsbildung wirklich aktiv mitzutragen.

Staatsbürgerliche Gretchenfrage

Hier nun stellt sich nach der Abstimmung vom 3. Dezember die staatsbürgerliche Gretchenfrage: Wie haben wir's denn eigentlich mit der Aussenpolitik überhaupt? Die Kampagne selbst gab nämlich in dieser Hinsicht im Grunde keine klaren Aufschlüsse. Sie war gerade unter diesem Gesichtspunkt ein eigentliches Kuriosum. Selten noch gingen die Prognosen der politischen Auguren so krass auseinander wie diesmal. Am An-

fang stand sichtlich für die meisten die Überlegung im Vordergrund, es könne sich um nichts anderes als um eine Art Plebiszit zur Integrationspolitik des Bundesrates handeln. Das Abkommen erschien dabei in den Augen der Experten als «wahrer Glücksfall», jedenfalls auf dem Hintergrund der Verhandlungsbasis der sechziger Jahre, wo die Türe in Brüssel nur für jene offen schien, die keine Vorbehalte und «Sonderfälle» anzumelden hatten. Und die Meinung herrschte vor, dass dieses Glanzresultat in der Öffentlichkeit auch entsprechend gut «zu verkaufen» sei.

Trügerische Diskussionen?

Doch die Ernüchterung folgte fast auf dem Fusse. Wenn nicht gerade die allererste integrationspolitische Garde, das heisst Bundesräte oder Chefunterhändler, an der Abstimmungsfront erschien, dann blieben die Säle äusserst spärlich besetzt. Und die Diskussionen waren ausserdem durch zwei Extreme charakterisiert, die – jedes in seiner Art – wenig verheissungsvoll erschienen: Auf der einen Seite meldeten sich enragierte Gegner aus dem Lager der Überfremdungsparteien zum Wort, die geschickt auf das Malaise rund um die Wachstumsexplosion spekulierten und immer wieder auch Sukkurs aus dem Lager der Vorkämpfer eines aktiveren Umweltschutzes erhielten. Dass es sich dabei offensichtlich vor allem um Fingerübungen im Hinblick auf die hängigen neuen Ausmarchungen im Fremdarbeitersektor handelte, änderte nichts daran, dass damit ein unterschwelliges Element von schwerer Berechenbarkeit in den Abstimmungskampf hineingetragen wurde.

Dieser angriffigen und lautstarken Opposition stand auf der andern Seite eine Mehrheit des Publikums gegenüber, die manchmal durch ihre Fragen den Eindruck eines akuten Informationsnotstands aufkommen liess. Es schien an elementarstem Basiswissen zu fehlen. Vor allem in ländlichen Gegenden spukte ausserdem der Alptraum eines schweizerischen «Mansholtplans» im Gefolge des EWG-Abkommens herum, welcher der heimlichen, omnipräsenten Angst des Schweizer vor «fremden Herren» zusätzlich Auftrieb zu geben schien. Das alles beschwor in vielen politischen Kreisen eine grosse Unsicherheit herauf, die da und dort zur Forderung nach «Aktionen der letzten Stunde» verleitete, welche wohl angesichts der allgemeinen Stimmungslage als Überredungsversuch gewertet und entsprechend schlecht aufgenommen worden wären. – Und dann kam das überraschend positive Resultat, das den Schweizer aufgeschlossen, zukunfts offen und eines differenzierten Urteils durchaus fähig zeigte.

Eindeutiger Entscheid mit Fragezeichen

Was ist nun richtig? Das Bild des schlecht informierten, von Wachstumsängsten geplagten Publikums, oder jenes des wirklich souverän urteilenden Souveräns, der das Gebot der Stunde erkannt und entsprechend entschieden hat? Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass die Kampagne ein öffentliches Engagement höchster Würdenträger von früher nie gekanntem Ausmass zeigte. Angesichts der Tatsache, dass dabei vor allem Bundesrat Brugger und

Botschafter Jolles als hochkompetente und undiskutabel glaubwürdige integrationspolitische Sachwalter auf uneingeschränkte Anerkennung stiessen, geht man wohl nicht fehl in der Annahme, dass viele Unschlüssige letzten Endes vor allem dem Rat der Magistraten folgten und ein Ja einlegten.

Dazu kommt der Umstand, dass in vielen Kantonen zugleich eine ganze Anzahl Vorlagen von eminent politischem Charakter zur Abstimmung gelangten, was zweifellos zur Folge hatte, dass das politisch engagierte – und damit für die eidgenössische Propaganda besonders leicht ansprechbare – Publikum auch besonders zahlreich zur Urne ging. So bleibt die Frage offen, was sich der – grosse – zu Hause gebliebene Teil des Volkes bei der Abstimmung gedacht hat. Die Vermutung liegt nahe, dass es meist auf ein «Interessiert mich nicht» oder «Das verstehe ich nicht» hinauslief.

Von der Ausnahmesituation zum politischen Alltag

Damit aber muss man sich ernsthaft fragen, wie tragfähig die öffentliche Basis aussenpolitischer Meinungsbildung bei ernsthafteren Belastungsproben wä-

re. Alle Indizien deuten darauf hin, dass eine ehrliche Antwort skeptisch gefärbt sein müsste. Und daraus kann es nur *eine* Schlussfolgerung geben: Die Grundlegung der aussenpolitischen Meinungs- und Willensbildung muss mit allem Nachdruck verstärkt werden. Wir dürfen uns nicht darauf einlassen, aussenpolitisch sozusagen von der Hand in den Mund zu leben. Dazu sind die Zusammenhänge allzu komplex.

Die Träger der öffentlichen Meinungsbildung – Parteien, Verbände, Behörden, Informationsmedien – müssen vor allem *eines* klarlegen: Wir leben nicht mehr im Réduit. Wir sind mit der Umwelt aufs vielfältigste verflochten, und zwar als Gesamtheit. Wenn es der Exportindustrie schlecht geht, wird auch der Rückschlag für die Inlandindustrie nicht lange auf sich warten lassen. Wenn sich Europa ringsherum politisch formiert, dann müssen wir mit im Spiel sein. Nur so können wir unser wohlverstandenes Eigeninteresse richtig zur Geltung bringen. Zeitgemässe Bewahrung der Eigenart kann nicht mehr mit isolationistischen Methoden sichergestellt werden. Sie ist nur im ständigen politischen Dialog mit der Umwelt weiterhin vernünftig zu gewährleisten.

Richard Reich

PRÄSIDENTENWAHL IN DEN USA – FAZIT UND AUSBLICK

Konservative Wähler

Obwohl sich Richard Nixons Wahlsieg auf den ersten Blick überwältigend ausnimmt, sollte man doch einen Um-

stand nicht ausser acht lassen: Die Mehrheit der Wähler stimmte nicht so sehr *für* Nixon und seine Politik als vielmehr *gegen* McGovern und die seltsame Koalition, die den Senator der De-

mokratischen Partei aufdrängte und dadurch weite Kreise der Bevölkerung benutzte. Erwartungsgemäss kommentierte die linksliberale Presse den Wahlausgang als eine «wilde Reaktion der Bourgeoisie» – als ob die USA nicht fast durchwegs «bürgerlich» wären und als ob jene, die bis jetzt noch nicht zum Bürgertum gehören, nicht ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf setzten, diesen Status zu erreichen. Nebst dem persönlichen Erfolg Nixons besteht das Hauptergebnis des Wahltages in der nahezu unveränderten Zusammensetzung des Kongresses. Allenfalls verdient die Tatsache Erwähnung, dass die Zahl der konservativen Abgeordneten leicht zunahm und einige neue Namen vom kontinuierlichen Linkstrend Kunde geben. Nixon feierte also eher eine Art Pyrrhussieg, und sein Stimmenvorsprung wäre höchstwahrscheinlich erheblich kleiner ausgefallen, hätte sich nicht Gouverneur Wallace aus dem Rennen zurückziehen müssen.

Im Verlauf jeder vierjährigen Amtsdauer zwischen den jeweiligen Wahlterminen verbreitet sich in den USA wie im Ausland die Meinung, die Nation sehe ihre wesentlichste Aufgabe in der Lösung der grossen Weltprobleme, welche die intellektuellen und politischen Kreise beschäftigen. Wie schon alle früheren Wahlgänge bewies aber auch der 7. November 1972, dass sich die Wähler sogar gegenüber dem Vietnamkrieg im grossen und ganzen gleichgültig verhalten und dass man sie gewissermassen als «konservativ» bezeichnen könnte. Dies freilich nicht im ideologischen und positiven Sinn. Wenn wir die Stimmenzahlen für die siegreichen und unterlegenen Kandidaten der Jahre 1964 und 1972 vergleichen, so stellen wir fest, dass Goldwaters Nie-

derlage etwa gleich deutlich ausfiel wie jene McGovern's. Dies beweist, dass sich der amerikanische Wähler, unabhängig von den Verlautbarungen der Massenmedien – die Goldwater als Reaktionär brandmarkten und McGovern als Vorkämpfer für Frieden und Gerechtigkeit priesen –, ein eigenes Urteil bildet. Er schreckt instinktiv vor dem zurück, was *er* und nicht die *Massenmedien* als Extreme ansehen. Sein Konservatismus offenbart sich auch bei der Stimmabgabe zu Sachproblemen, die nur seinen eigenen Lebensbereich unmittelbar betreffen. Dazu gehören die öffentliche Sicherheit, antiinflationäre Massnahmen sowie die Anhänglichkeit an die Quartierschule und die Abneigung, seine Kinder um der Rassenintegration willen mit dem Bus durch die ganze Stadt zu einer gemischten Schule bringen zu lassen.

Nixon: Besorgnis und Rhetorik

Folgende Fragen stellen sich zu Beginn der kommenden vier Jahre: Wie wird Nixons zweite Amtszeit aussehen? Wie wird die Demokratische Partei ihre unmittelbare Zukunft gestalten? Welches sind die Folgen des 7. November 1972 für das Schicksal Europas?

Wenn die Konservativen auch in grosser Zahl für Nixon stimmten, so bedeutet dies nicht, dass sie mit seinem Amtsgebaren seit 1968 immer zufrieden gewesen wären. Vielmehr hoffen sie, dass seine zweite Amtszeit einen anderen Stempel trägt; sie erwarten ein festeres und entschlosseneres Auftreten gegenüber dem Kommunismus im Ausland, der Unordnung im eigenen Land und dem unverantwortlichen Finanzgebaren zahlreicher Amtsstellen (dies eine

Art Keynesscher Betrachtungsweise). Allerdings werden sich all diese Hoffnungen höchst wahrscheinlich nicht erfüllen. Nixon ist im Grunde seines Wesens eine furchtsame Persönlichkeit und fühlt sich in seiner Rolle als oberster Führer der Nation immer etwas unbehaglich, obwohl er in den letzten Jahren am Präsidentenamt einigen Gefallen gefunden hat. Er glaubt, die Interessen des wahren Amerika zu vertreten, wenn er in weltpolitischen Angelegenheiten «das Profil der Nation weniger stark zur Geltung bringt», die Gruppe konservativer Richter im Obersten Bundesgericht verstärkt und im übrigen nicht die Rolle eines moralischen Führers der Nation beansprucht. Er ist ein «besorgter» Amerikaner, der, wäre er ein gewöhnlicher Bürger gewesen, auch für einen Kandidaten vom Schlage Richard Nixons gestimmt hätte. Es ist völlig unsinnig zu erwarten, er werde sich in der kurzen Zeit von heute bis 1976 zum Helden Amerikas oder gar des gesamten Westens aufschwingen. Da aber 1976 die USA den 200. Jahrestag ihrer Gründung feiern, wird sich Nixon aller Voraussicht nach in patriotischer Rhetorik ergehen, während möglicherweise zur gleichen Zeit seine eigene Machtbasis und die der Republikanischen Partei zusammenschrumpfen werden.

Die Zukunft der Demokraten

Die Demokraten gingen aus den Wahlen nicht so schlecht hervor, wie allgemein angenommen wird. Natürlich war McGovern als Persönlichkeit und Kandidat ein krasser Missgriff. Aber bereits heute rechtfertigen und rehabilitieren progressive Wortführer der Par-

tei, wenn nicht seine Person, so doch seine «Ideologie». In der Tat führen sie die Niederlage ihres Kandidaten auf dessen spätere Kompromissbereitschaft zurück und nicht auf sein Programm, wie er es seit 1969 formuliert hatte. Wäre er der Vorkämpfer der Armen, der Pazifisten, der Minderheiten und der Jugend geblieben, so hätte er, wie Tom Wickers in der New York Times schreibt, gewinnen oder dem Sieg doch näherkommen können. Anstatt sich an seine ursprünglichen Projekte zu halten, verwässerte er gegen Ende des Wahlkampfes sein Fiskalprogramm und bemühte sich um eine Annäherung an die Machthaber der grossen Städte, wie etwa Bürgermeister Daley von Chicago, und selbst an den sogenannten «Kriegsverbrecher» Lyndon Johnson.

Schon jetzt hält der linke Flügel der Demokratischen Partei nach dem Mann Ausschau, der das Volk im Geiste Robert Kennedys, Eugene McCarthys (erfolgloser progressiver Bewerber um die demokratische Kandidatur im Jahre 1968) und McGovern um sich scharen könnte. Die Gewerkschaftsführer und andere Parteifunktionäre trachten danach, die demokratische Parteimaschinerie so bald als möglich mit neuen Kräften zu erfüllen. Gesamthaft gesehen bestand übrigens der Parteiapparat seine Bewährungsprobe recht gut, und dies trotz der Belastung durch einen ungeeigneten Präsidentschaftskandidaten und einen mit ungewöhnlichem demagogischem Aufwand geführten Wahlfeldzug. (So wurde einmal ein siebenjähriges Kind zum Führer einer «Kinder-für-McGovern»-Bewegung hochstilisiert und hielt vor 25000 begeisterten Zuhörern eine Brandrede gegen Nixons «grausame Tyrannei».)

Amerikas Suche nach Identität

Europäer, die in Nixon ihren Helden sehen, sollten sich heute einige nüchterne Gedanken machen. Erstens bedeutet sein Sieg nicht, dass Amerika die erstaunlich weit gediehene Zerrüttung seiner staatlichen Substanz sofort zu überwinden vermöchte. Wie anfangs erwähnt ist die Zahl der linksliberalen Kongressabgeordneten leicht angestiegen, und viele von ihnen gehören dem linken Flügel der Republikanischen Partei an. Richard Nixon wird sich wohl in den nächsten paar Jahren in eine Art selbsthypnotisierende Rhetorik hineinsteigern, die an die Reden Präsident de Gaulles während seiner zweiten Amtszeit erinnern mag. Viel dürfte er freilich nicht damit erreichen, ist die Nation doch zu verwirrt und demoralisiert, als dass sie ihre Selbstachtung so leicht wiedergewinnen könnte.

Dieser Umstand dürfte vor allem auf dem Gebiet der Aussenpolitik in Erscheinung treten. Hohe Regierungsbeamte in Washington und in europäischen Hauptstädten geben im kleinen Kreis zu, dass Amerika nach dem Viet-

nam-Debakel viel von seiner Glaubwürdigkeit und seinem Kredit verloren hat. Die Washingtoner Diplomatie wird sich unter der Führung Nixons weiterhin um die Gunst Moskaus bemühen, wie sie es, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, seit Roosevelt stets getan hat. Sie wird in Europa voraussichtlich die gleiche Politik praktizieren wie im Fernen Osten, nämlich die nahezu völlige Preisgabe der Verbündeten zugunsten einer «globalen Politik in einer multipolaren Welt». Diese «multipolare Welt» ist das neueste Geistesprodukt von Washingtons erfindungsreichen Schlagwortfabrikanten und entspricht keineswegs der tatsächlichen Machtkonstellation. Aber Richard Nixon hat sich nun einmal darauf festgelegt, seinen Mitbürgern einzureden, die Welt stehe am Anfang einer «Generation des Friedens» – ein anderes dieser neu geschaffenen Schlagwörter! Man kann nur hoffen, dass es sich dabei nicht um jene Art von Frieden handelt, wie er sich zurzeit, einem schweren Vorhang vergleichbar, vor der vietnamesischen Szenerie niederzusenken beginnt.

Thomas Molnar

THEATER IN MITTELEUROPA

«Incontri Culturali Mitteleuropei 1972 in Gorizia»

Mitteleuropa ist ein geographischer Begriff: der mittlere Teil Europas zwischen dem ozeanischen West- und dem festländischen Osteuropa. Kulturell umfasst es die Zone zwischen slawischen, romanischen und germanischen Kultu-

ren, eine Zone der Übergänge und Berührungen, historisch konkretisiert in der Donaumonarchie und nach ihrem Zusammenbruch in ihrem Erbe. Möglicherweise gehört auch die merkwürdige Italianisierung des Wortes «Mit-

teleuropa» dazu. Seit sieben Jahren finden in Gorizia (Görz) an der jugoslawischen Grenze die «Incontri Culturali Mitteleuropei» statt, Versuche, durch die Zusammenführung von Wissenschaftlern und Künstlern aus Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Deutschland, Italien, Jugoslawien und Ungarn Vermittlerdienste zu leisten und einen Geist fortleben zu lassen, dessen Fortbestehen man – den politischen und ideologischen Entwicklungen seit 1918 zum Trotz – offenbar voraussetzt. Immerhin galt der Kongress von 1969 dem Thema «Mythos und Realität Mitteleuropas»; aber ernstlich wurde weder das eine noch das andere in Frage gestellt. Es scheint, dass in der blühenden Provinzstadt im Friaul, im blutig umkämpften Brückenkopf am Isonzo, wo Soldatenfriedhöfe und Kriegsmuseen an die mörderischen Schlachten des Ersten Weltkriegs erinnern, tatsächlich ein mitteleuropäisches Credo lebendig sei. Die Zeitschrift «Iniziativa Isoncina», Initiatorin der Zusammenkünfte, die ausserdem durch die Provinz Friaul und Venezia Giulia sowie die nationale UNESCO-Kommission Italiens ermöglicht werden, wirkt in ihren mehrsprachigen Heften als Botschafter und Vermittler zwischen den Sprach- und Kulturräumen, die sich an dieser Stelle berühren.

Das Thema des Kongresses vom Herbst 1972, des siebenten in der Reihe, hiess «*Il Teatro nella Mitteleuropa*». Die Arbeiten wurden geleitet von Heinz Kindermann, dem emeritierten Theaterwissenschaftler der Universität Wien, der auch die Eröffnungsrede hielt: «Die völkerverbindende Funktion des Theaters in Mitteleuropa.» Margret Dietrich, seine Nachfolgerin auf dem Wiener Lehrstuhl, sprach über «Dramatik

auf den Bühnen Mitteleuropas in den letzten fünf Jahren.» Wenn dieses zweite Referat vorwiegend eine immerhin fleissige, jedoch im ganzen unergiebig Bestandesaufnahme über Autoren und Stücke war, so versuchte Kindermann wenigstens, Wirkungen und Veränderungen aufzuzeigen, freilich mit dem etwas allgemeinen Ergebnis, dass ein Prozess der Integration auf den Bühnen der Nationen zu beobachten sei –, was nicht viel mehr als eine andere Bezeichnung für die Internationalität der Spielpläne wäre. Es muss leider gesagt werden, dass die Vorträge und die kürzeren Referate, aus denen sich die Kongressarbeit ausschliesslich zusammensetzte, recht diffus und überdies von höchst unterschiedlicher Qualität waren. Es scheint, dass da jeder als seinen Beitrag anmelden konnte, was ihn gerade beschäftigte oder womit er sich in Szene zu setzen gedachte, eine Übung, die man heutzutage auf Kongressen einfach nicht mehr zulassen dürfte. Es war in Gorizia nicht möglich, konkrete Probleme gründlicher auszuleuchten und wichtigen Themen auch entsprechende Zeit für eine Diskussion in Arbeitsgruppen und im Plenum einzuräumen. Man geriet in Zeitnot aus keinem andern Grund als dem, dass zuviele Referenten auf dem Programm standen. Die Gruppe von Vorträgen zum Themenkreis «Musil und das Theater» musste auf den letzten Kongressvormittag verlegt werden und konnte, da gleichzeitig noch andere Themen auf dem Programm standen, nur in einem abgetrennten Kreis speziell Interessierter zu Gehör gebracht werden. Die Kongressleitung scheint sich keinen Augenblick darüber Rechenschaft gegeben zu haben, dass gerade von diesem Kreis wertvolle Anstösse für eine Renaissance

des Dramatikers Musil hätten ausgehen können.

Das Rahmenprogramm erstreckte sich auf den Besuch von Ausstellungen und auf Exkursionen in die nähere Umgebung. In Gorizia selbst wurde die Ausstellung mit Entwürfen und Skizzen des tschechischen Bühnenbildners *Vlastislav Hofman* (1884–1964) eröffnet, in der Stadtbibliothek ausserdem eine Ausstellung mit Dokumenten zu Leben und Werk von *Robert Musil*, die unter anderem auch Korrespondenz und amtliche Schriftstücke aus der Zeit des Schweizer Aufenthalts umfasst. Die Kongressteilnehmer besuchten die Ausgrabungen von Aquileia sowie in Triest eine Gemäldeausstellung mit Werken aus dem 18. Jahrhundert.

Der Teilnehmer aus der Schweiz, der sich vor allem Aufschlüsse über das Theater im mitteleuropäischen Raum erhoffte, war einigermassen überrascht, dass nicht eine einzige Aufführung, nicht eine einzige Demonstration auf dem Programm standen. Das gab den Ausführungen der Referenten, die zwar auch Themen wie «Das Theater für Kinder» oder «Das Theater und die Tabus der Gesellschaft» streiften, etwas allzu Theoretisches. Es gelang nie, «Theater» und «Mitteleuropa», die thematischen Säulen des Kongresses, im Fundament konkreter Befunde und Erfahrungen zu verankern. So erscheint einem manches im Rückblick wenig ergiebig. Eine umsichtige Planung der wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit wäre bitter nötig gewesen. Über Kindertheater in den einzelnen Ländern hätte man sich dokumentieren müssen, über die Rolle des Theaters, seine sozialen und kulturellen Bedingungen ebenso. Die Sammlung zufälliger und in ihrem Aussagewert

höchst unterschiedlicher Vorträge rechtefertigte kaum den Aufwand, den die «Incontri» auf sich nahmen. Das ist schade. Die Gastfreundschaft war vorbildlich, die Teilnehmer wurden vor allem auch kulinarisch in einer Weise betreut, die weit über das hinausgeht, was in einem Fall dieser Art erwartet werden darf. Die Behörden der Stadt gaben sich die Ehre, das Consularische Korps machte seinen *Acte de présence*, und die liebenswürdigen «Danzzerini di Lucinico», eine Volkstanzgruppe von hohem Können, zeigten auf dem Kastell von Gorizia ihre neckischen und anmutigen Tänze.

Aber nicht allein die herzliche Gastfreundschaft ist es, die in der Erinnerung bleibt. Der Teilnehmer aus der Schweiz hat den Eindruck, hier werde seit Jahren etwas versucht, was diesmal gewiss nicht gelungen ist, was aber trotzdem immer wieder versucht werden muss und wozu die Voraussetzungen gerade in dieser geschichtsträchtigen Landschaft zweifellos bestehen. Mag sein, dass unsere westeuropäischen Vorstellungen unangemessen sind, was die Forderungen an Planung und Organisation der Kongressarbeit, an die theoretische Vorbereitung des Kongresses überhaupt betrifft. Eine gewisse Lässigkeit, ein Vertrauen in die Gunst des *genius loci*, das der glücklichen Improvisation eben nicht vorgreifen will, gehört ja wohl zu dem Geist, der hier in Jahrhunderten gewaltet hat –, und das schliesslich nicht unheilvoll, sondern dem Glück und den Musen eher günstig. Man denkt unwillkürlich an Fritz von Herzmanovsky-Orlandos Wort, es sei erstaunlich, dass ein so betriebsamer Kontinent wie Europa «solch märchenhaft verträumtes Küstenland überhaupt sein eigen nennen

kann.» Das sind Stimmungen, gewiss, Träume, nicht frei von Sentimentalität sogar, und ich meine denn auch bemerkt zu haben, dass unter den Österreichern der älteren Generation, die in Gorizia anwesend waren, die grosse Zeit von anno dazumal natürlich noch immer ihre Rolle spielt, wenn sie von Mitteleuropa reden. Auch das ist eine wichtige Erfahrung. Aber die Frage ist natürlich, was davon – jenseits aller Herrschaftsträume und Sentimentalitäten – geblieben sei, was wirklich davon noch lebe, als gemeinsame Form, als Schicksal, vielleicht sogar als die Fähigkeit, Vielfalt und Verschiedenartigkeit nicht als Mangel, sondern als Reichtum zu verstehen. Es gibt leider Befunde, die dagegensprechen. Der Sturm, den das «Ortstafelgesetz» in Kärnten ausgelöst hat, das da vorschreibt, dass in zweisprachigen Gebieten mit slowenischer Minderheit zweisprachige Ortstafeln anzubringen seien, steht zu dem, was in Gorizia vorausgesetzt oder als

Mythos und Wirklichkeit für lebendig gehalten wird, in schroffem Gegensatz. Und was das Theater in Mitteleuropa betrifft, so gehört in diesen Themenkreis wohl auch ein Vorfall wie der, dass gerade Ende September – als der Kongress zusammentrat – in Bukarest eine Inszenierung von Gogols «Revisor» abgesetzt werden musste, weil der Regisseur, Lucian Pintilie, das Stück mit zuviel aktuellen Bezügen inszeniert und damit aussergewöhnlichen Beifall im Publikum gefunden hatte ...

Von dergleichen Vorkommnissen, sowohl Mitteleuropa wie das Theater betreffend, war weder in der Kongressdiskussion noch in privaten Gesprächen die Rede. Sie hätten jedoch gerade in Gorizia nicht ohne Echo bleiben dürfen. Sonst müsste man am Ende auf den Gedanken kommen, hier bestimme der Mythos Mitteleuropa und nicht die mitteleuropäische Wirklichkeit das Bewusstsein.

Anton Krättli